



Liebe Genossinnen und Genossen,
 liebe Freunde,

in den letzten beiden Sitzungswochen gab es ein Problem: Sie fanden direkt hintereinander statt und NRW hatte zur gleichen Zeit Ferien. Es galt beides unter einen Hut zu bringen, deshalb habe ich die erste Woche vollgestopft mit Terminen, sodass es möglich war, in der zweiten Woche nachmittags mit meiner Familie Berlin unsicher zu machen.

Der Aufreger dieser Woche war, dass führende Unionspolitiker – allen voran Ex-Verkehrsminister Peter Ramsauer – vorschlugen, wir sollten die Einführung des Mindestlohns, der Rentenreform sowie der Frauenquote in Unternehmen nach hinten verschieben, um die schwächelnde Wirtschaft momentan nicht weiter zu belasten. Meine Gedanken dazu gehen in die Richtung eines Zitats unseres Parteivizes Ralf Stegner: „Wer ernsthaft meint, mit der SPD in der Bundesregierung könne man den Mindestlohn oder die Rente mit 63 ‚aussetzen‘, bei dem muss das Denkvermögen ausgesetzt haben.“ Wieso die Einführung der Frauenquote eine Belastung für die Wirtschaft darstellt, sollte Herr Ramsauer ebenso wie Frau Aigner auch noch einmal genauer erläutern!

SPD-Wirtschaftsempfang: Herausforderungen der digitalen Arbeitswelt

Die SPD-Bundestagsfraktion hat „Industrie 4.0“ oben auf ihre Agenda gesetzt und ihren diesjährigen Wirtschaftsempfang in der vergangenen Woche unter dieses Motto gestellt.

Unsere Wirtschaft wandelt sich rasant. Ganze Volkswirtschaften stehen im Zeitalter der Digitalisierung und Vernetzung vor großen Herausforderungen. Wir gehen in eine vierte industrielle Revolution (nach Dampfmaschine, Fließbändern und Automatisierung) über. Unter dem Schlagwort „Industrie 4.0“ versteht man die Entwicklung, dass Maschinen untereinander und mit Produkten von der Entstehung bis zum Recycling kommunizieren.

In drei Gesprächsrunden diskutierten Fachpolitiker der SPD-Fraktion mit über 800 Gästen aus Politik, Wirtschaft und Wissenschaft, was "Industrie 4.0" für sie bedeutet, wie deutsche Unternehmen international wettbewerbsfähig bleiben können, welche Herausforderungen uns in der Arbeits-

Kontakt

Berliner Büro

Tel.: 030 227-78494

Fax: 030 227-76496

sabine.poschmann@bundestag.de

Wahlkreis Büro

Tel.: 0231 286 786 18

Fax: 0231 286 786 16

sabine.poschmann.ma04@bundestag.de

www.sabine-poschmann.de

<https://www.facebook.com/sabine.poschmann.1>

Links

<http://www.spdfraktion.de/>

<http://www.bundestag.de/>

<http://www.spd.de/>

welt oder beim Thema Normen, Standards und Datenschutz begegnen werden. Wichtig ist, dass Deutschland hier jetzt Schritt hält, damit wir nicht den Anschluss verlieren und an Wettbewerbsfähigkeit einbüßen.

Aus Dortmund waren unter anderem Reinhard Rauball (Präsident des BVB) sowie Klaus Feuler (Vize-Präsident der Handwerkskammer Dortmund und des Deutschen Handwerkstages) zu Gast.

Ich hatte die Gelegenheit, die Diskussionsrunde zum Wandel der Arbeitswelt zu moderieren. Vertreter der Wissenschaft, Unternehmen und Gewerkschaft erläuterten auf dem Podium, welche Potenziale, aber auch welche Herausforderungen sie in der Arbeit 4.0 sehen. Es war dabei allen klar, dass das Szenario einer menschenleeren Fabrik nicht eintreffen wird. Dennoch muss der Prozess politisch gut begleitet werden, damit niemand auf der Strecke bleibt.

Zu „Industrie 4.0“ wird die SPD-Fraktion ein Thesenpapier erarbeiten und weiterhin einen offenen Dialog mit allen relevanten Akteuren führen.

Jahresbericht zum Stand der Deutschen Einheit

Am 9. Oktober 1989 demonstrierten in Leipzig 70.000 Menschen gegen das DDR-Regime. Der diesjährige Bericht, den wir in der letzten Woche im Plenum diskutiert haben, widmet sich intensiv der friedlichen Revolution in der DDR vor 25 Jahren. Er würdigt die Verdienste derjenigen, die sich für Bürgerrechte stark machten, dafür auf die Straße gingen und sich mutig gegen staatliche Willkür stellten. Sie haben die Mauer zum Einsturz gebracht.

Auch ich habe in diesem Rahmen eine Rede im Plenum des Bundestages gehalten. Ich habe betont, dass wir wegen eines Streits ums Geld keine neuen Mauern in den Köpfen aufbauen dürfen. Wichtig ist daher, dass der Solidarpakt neu gedacht wird und vor allem für strukturschwache Regionen Fördermittel zur Verfügung gestellt werden – unabhängig ob Ost oder West.

Denn auch im Osten gibt es Regionen, die keine Unterstützung mehr brauchen. In Städten wie Jena, Leipzig oder Dresden entsprechen die Arbeitslosenquoten von ca. 7% dem westlichen Durchschnitt. Andererseits liegen die Quoten in einigen Ruhrgebietsstädten bei über 12%.

Größte BAföG-Erhöhung seit 2008 kommt

Der Bundestag hat am gleichen Tag zum ersten Mal die Koalitionspläne zur umfassenden Modernisierung der Ausbildungsförderung BAföG beraten. Unter anderem sollen die Leistungen spürbar verbessert, mehr Studierende gefördert und die Länder zu 100 % von den BAföG-Zahlungen entlastet werden.

Unter Willy Brandt wurde das BAföG eingeführt, um mehr jungen Menschen die Tür für eine Hochschulbildung und den gesellschaftlichen Aufstieg zu ermöglichen.

Mit Beginn des Schuljahres 2016 bzw. Wintersemesters 2016/17 sollen die Bedarfssätze und Freibeträge für alle BAföG-Geförderten um 7% erhöht

werden. Zudem sollen die Vermögensfreibeträge und Hinzuverdienstgrenzen angehoben und der Wohnzuschlag auf 250 Euro aufgestockt werden.

Auch das sogenannte „Meister-BAföG“ wird im gleichen Zuge angehoben.

Deutschland digital fit machen

Mit der Digitalen Agenda hat die Bundesregierung erstmals ein umfassendes politisches Programm für die Digitale Gesellschaft vorgelegt – eines unserer zentralen Vorhaben im Koalitionsvertrag.

Voraussetzung für das Gelingen der Digitalen Agenda ist vor allem der flächendeckende Breitband-Ausbau. Bis 2018 sollen alle Haushalte mit mindestens 50 Mbit/s versorgt sein, wobei gerade die ländlichen Kommunen Unterstützung benötigen. Außerdem wollen wir die IT-Sicherheit in Deutschland weiter erhöhen. Nicht zuletzt soll unsere Verwaltung in den nächsten Jahren dem digitalen Zeitalter angepasst werden. Für Bürgerinnen und Bürger bedeutet das mittelfristig weniger Bürokratie und mehr elektronische Behördengänge vom heimischen PC aus.

Kommunen bei der Unterbringung von Flüchtlingen besser unterstützen

Die stetig steigende Zahl von Asylbewerbern, die vor allem in den andauernden internationalen Konflikten begründet liegt, fordert unsere Kommunen zunehmend. Wir wollen sie nun gezielt bei der Unterbringung von Flüchtlingen unterstützen – für uns hat eine menschwürdige Unterbringung oberste Priorität.

Bereits im Koalitionsvertrag haben wir durchgesetzt, dass das Bundesamt für Migration und Flüchtlinge personell besser ausgestattet wird, damit zügige und rechtsstaatliche Asylverfahren gewährleistet sind. Dazu haben wir in einem ersten Schritt bereits 300 neue Stellen geschaffen.

Außerdem beraten wir gerade über das sogenannte Asylbewerberleistungsgesetz, mit dem wir die Kommunen darüber hinaus entlasten wollen. Durch die neue Unterstützung des Bundes werden Länder und Kommunen 2015 31 Millionen Euro, ab 2016 43 Millionen Euro weniger ausgeben müssen.

Dies sind nur erste Schritte, denen weitere folgen müssen. Die SPD-Bundestagsfraktion sowie unser Parteivorstand haben jeweils eine eigene Arbeitsgruppe eingerichtet, um mit Vertretern aus Ländern und Kommunen über konkrete Lösungen zu diskutieren.

Sterbehilfe

Aktuell kursieren verschiedene Positionspapiere von Kollegen der SPD zum Thema Sterbehilfe. Unterschiedliche Meinungen gibt es vor allem zu dem ärztlich assistierten Suizid, d.h. Ärzte helfen den Betroffenen, sich selbst zu töten.

Eine Gruppe um Carola Reimann und Karl Lauterbach wollen den ärztlich assistierten Suizid explizit im Bürgerlichen Gesetzbuch erlauben. Jedoch nur

für Patienten mit einer unheilbaren, tödlich verlaufenden Krankheit und denen die volle Tragweite ihrer Entscheidung bewusst ist. Eva Högl und Kerstin Griese wollen hingegen keine gesetzliche Regelung zum ärztlich assistierten Suizid. Sie sind der Meinung, dass der momentane Spielraum der Ärzte im Einzelfall groß genug sei. Sie fordern allerdings das Verbot geschäftsmäßiger Sterbehilfe durch Vereine. Der Bundesgesundheitsminister Hermann Gröhe und weitere Abgeordnete der CDU lehnen jede Form der organisierten Beihilfe zur Selbsttötung ab.

Im November werden wir das Thema im Plenum diskutieren. Bis dahin kommen bestimmt noch andere Ansätze/Vorschläge hinzu. Ich werde euch dann detaillierter darüber informieren.

Zum Abschluss möchte ich euch bereits jetzt darauf hinweisen, dass ich am 10. Dezember gemeinsam mit meinem Fraktionskollegen Klaus Barthel eine Betriebs- und Personalräte-Dialogveranstaltung zum Thema „Gute Arbeit – was heißt das eigentlich?“ veranstalte. Ihr seid alle ganz herzlich in den großen Saal des Reinoldinums in Dortmund eingeladen. Um 18 Uhr geht es los. Neben spannenden Impulsreferaten zum Thema, wollen wir mit euch gemeinsam diskutieren, was gute Arbeit in Zukunft ausmachen sollte. Meldet euch einfach im Wahlkreisbüro bei Hedia an. Ich freue mich, wenn ihr zahlreich kommt.

Bis bald, eure

Sabine